

# W E G und Z I E L

Monatsschrift für Fragen der Demokratie  
und des wissenschaftlichen Sozialismus  
Erscheint am Ersten eines jeden Monats

24. Jahrgang Nr. 7/8 Wien, Juli/August 1967

---

## Nahostkrise – Nahostkrieg – Nahostprobleme

Wenn im Krieg gegen die Sowjetunion Gefangene gemacht wurden, wenn in ukrainischen und weißrussischen Dörfern nach Razzien die Bevölkerung zusammengetrieben wurde, hieß es stets: „Juden und Kommunisten — vortreten.“ Für die Nazi waren diese Bezeichnungen mehr oder minder identisch, und sie bereiteten Juden und Kommunisten in der Regel auch das gleiche Schicksal. Wie kompliziert muß die Problematik der Nahostkrise, wie groß die Macht der Meinungsfabriken sein, daß allen Ernstes der Eindruck erweckt werden konnte, die Kommunisten nähmen gegen die Juden Stellung? Und wie sehr müssen die Kriegereignisse im Nahen Osten in der Schwarzweißtechnik simplifiziert worden sein, wenn diesen Vorwurf auch Menschen erheben konnten, deren Antikommunismus gewiß über jeden Verdacht erhaben ist, die aber jederzeit bereit wären, in Schwurprozessen Nazikriegsverbrecher freizusprechen?

Wir schreiben diese Zeilen knapp nach der Feuereinstellung, zu früh, um einen ausgewogenen Bericht zu versuchen, aber doch früh genug, um einige Probleme aufzuzeigen, die in der Nahostkrise und im Nahostkrieg zum Durchbruch gekommen sind. Daß Israel auf die Schließung des Golfes von Akaba mit dem Präventivkrieg geantwortet hat, der ihm alle Vorteile der Initiative und der Überraschung sicherte, kann heute wohl kaum mehr bezweifelt werden. Auch der Israel recht wohlgesinnte „Le Monde“ schrieb in seinem Leitartikel vom 9. Juni: „Es ist heute kein Geheimnis mehr, wer als erster geschossen hat — Israel hat die Offensive ausgelöst, um die Freiheit der Schifffahrt zu erkämpfen.“

Notwendige Reaktion gegen die Blockade von Akaba, wird von israelischer Seite geantwortet, gegen das Bündnis der arabischen Staaten, die Israel umkreisten und in seiner Existenz bedrohten, wie dies nicht nur aus den Drohungen Schukeiris, des Führers der palästinensischen Be-

freiungsarmee, hervorging, sondern auch aus der Pressekonferenz Nassers, nach der Aufforderung an die UNO-Truppen, den Gaza-Streifen zu verlassen; die Blockierung von Akaba sei in Wirklichkeit bereits ein Kriegsakt gewesen.

Aber beginnt die Vorgeschichte des Krieges wirklich mit dieser Entscheidung Ägyptens? Im Jahre 1965 sind 2190 Schiffe in israelische Häfen eingelaufen, davon nur 54 in Eilath, dem israelischen Hafen im Golf von Akaba. In den letzten zwei Jahren ist überhaupt kein israelisches Schiff in diesen Hafen eingelaufen, der vor allem ausländischen Öltankern für den Transport nach Israel diene. Über die durch die Blockierung der Straße entstandene Situation waren Verhandlungen vorgesehen, wurden Verhandlungen angekündigt. Offenkundig liegt die Vorgeschichte des Krieges doch weiter zurück als die Entscheidung Nassers, die die israelische Regierung mit der Aufnahme von bekannten Befürwortern des Präventivkrieges in die Regierung beantwortete und letzten Endes auch mit dem Präventivkrieg, zumal die Initiative der USA für die Sicherung der freien Schifffahrt im Golf von Akaba nur auf die Zustimmung Hollands, Australiens und Neuseelands gestoßen war.

Der von uns bereits zitierte „Le Monde“, der in der ganzen Krise um ein objektives Urteil bemüht war, hatte sich am 6. Juni von seinem Sonderkorrespondenten in Kairo berichten lassen, daß sich nach dem von amerikanischen Stellen unterstützten Staatsstreich in Griechenland bei Nasser und den Regierungspolitikern Syriens die Meinung verstärkt hatte, Syrien werde das nächste Opfer des amerikanischen Geheimdienstes sein. So war man überzeugt, daß der Versuch einer Emeute in Damaskus, eine Woche vor dem Putsch in Griechenland, vom amerikanischen Geheimdienst organisiert worden war. Anfang Mai verständigte die syrische Regierung Nasser, daß sie mit einem Überfall aus Israel rechne, zumal der israelische Generalstabschef in einer Rede die Nötwendigkeit unterstrichen hatte, die „Hitzköpfe von Damaskus“ zu stürzen. Der angekündigte Besuch der 6. amerikanischen Flotte in Alexandrien erschien Nasser als ein zusätzlicher Beweis für ein Komplott. Jedenfalls hat Nasser seine Aufforderung an die UNO-Truppen, Ägypten zu verlassen, und die Blockade des Golfs von Akaba mit der Behauptung gerechtfertigt, daß ein Überfall auf Syrien drohe, dessen Regierung durch den Kampf gegen die Erdölmonopole für die englischen und amerikanischen Erdöltrusts untragbar geworden war. Wir können diese Behauptungen nicht überprüfen; die Schwierigkeiten, den Feuerstellungsbefehl an der israelisch-syrischen Front zu erwirken, sprechen nicht unbedingt gegen sie.

Aber wäre der Zeitabstand seit der Bildung der Linksregierung in Syrien vor anderthalb Jahren wirklich ausreichend für eine Vorgeschichte des Nahostkrieges? Er genügt gewiß, um eine Besonderheit der Nahostproblematik aufzuzeigen: Je mehr eine arabische Regierung in Gegensatz zu imperialistischen Kontroll- und Machtansprüchen geriet, desto mehr verwob sich die Lebensfrage der Existenz Israels mit der Gefahr, diese Frage im Dienste imperialistischer Bestrebungen zu mißbrauchen. Gerade die gegenüber früheren Verhältnissen doch gewiß fortschrittlichen arabischen Regierungen standen in schroffem Gegensatz zu Israel, während die Könige von Jordanien und Saudiarabien, die rückständigsten arabischen Regimes, von den Imperialisten finanziert und unter-

stützt, eher Zurückhaltung übten und auch der Tätigkeit arabischer Terrorgruppen gewisse Schranken auferlegten, die zum Beispiel gerade in den letzten zwei Jahren von Syrien her außerordentlich aktiv waren. Dieses Problemknäuel hat nicht wenig dazu beigetragen, die ruhige Beurteilung dessen, was fortschrittlich und reaktionär ist im Nahen Osten, zu erschweren — erst recht, als sich Jordanien und Saudiarabien dem panarabischen Bündnis gegen Israel anschlossen.

Selbst eine Vorgeschichte, die auf das Jahr 1956 zurückgehen würde, als Israel an dem Suez-Krieg Frankreichs und Englands gegen Ägypten teilnahm, könnte nicht ausreichen, um alle Bitternis und allen Zündstoff zu erklären, der an diesem neuralgischen Punkt der Weltpolitik angehäuft worden ist, ja nicht einmal ein Rückblick auf 1947, als die UNO die Teilung Palästinas beschloß, auf 1948, als der israelische Staat im Kampf gegen die vereinigten arabischen Staaten und auch gegen eine englische Mandatsverwaltung, die sich mit den reaktionären arabischen Monarchen recht gut verstand, gebildet wurde.

Denn auch diese Zeitspanne genügt nicht, um den nationalen Stolz eines Volkes zu erklären, das in Israel die Erfüllung einer tausendjährigen Sehnsucht sieht und es als eine Hauptmaxime betrachtet, sich nicht mehr so abschlagen zu lassen wie zu Hitlers Zeiten; und die nationalen Ressentiments jener Araber, die begonnen haben, sich aus kolonialer Demütigung zu lösen, und den Verlust eines Landes, in dem sie einst die Mehrheit bildeten, als Schmach empfinden, die ihnen noch durch die Existenz von mehr als einer Million Flüchtlingen immer wieder ins Bewußtsein gerufen wird — zumal auf beiden Seiten die nationalen und nationalistischen Gefühle starke religiöse Akzente tragen. Die ungelösten Probleme in den Beziehungen zwischen Israel und den Arabern, das Aufeinanderprallen nationaler Gefühle und nationalistischer Zielsetzungen waren das Pulver, das im Rahmen imperialistischer Machinationen zur Explosion gebracht wurde. Die Kriegshandlungen und auch die Blitzsiege des Präventivkrieges haben diese Probleme nicht gelöst, ihre Lösung eher erschwert, neue Bitternis und neuen Zündstoff geschaffen. Sie haben vor allem nichts an der Binsenweisheit geändert, die der bekannte Historiker und Publizist Maurice Duverger mit den Worten zusammenfaßte:

*„Israel wird nicht für alle Zeiten auf seine Armee gestützt überleben. Es steht nach wie vor der unerbittlichen Notwendigkeit gegenüber, sich mit den arabischen Nachbarn zu verständigen. Diesmal konnte es noch die Fragen auf Grund seiner militärischen Überlegenheit regeln. Aber das Kompromiß auf lange Sicht ist dadurch noch schwieriger geworden.“*

\*\*\*

Die recht vereinfachende Argumentation, die in der österreichischen Publizistik dominierte, stützte sich nicht zuletzt auf den Hinweis, daß in der arabischen Welt feudale Potentaten und Diktatoren dominieren — also Staatsoberhäupter, wie sie eigentlich von den Amerikanern nicht nur unterstützt und finanziert, sondern, wenn notwendig, auch inthronisiert werden. Ist dieser Hinweis wirklich gewichtiger als die Tatsache, daß Dayan ein intimer Freund der führenden französischen OAS-Faschisten ist? Mit agitatorischen Plumpeiten, von welcher Seite

auch immer, kommt man der Problematik der Nahostkrise nicht näher, ganz abgesehen davon, daß gerade Jordanien und Saudiarabien jene arabischen Regimes waren, die keinesfalls in schroffem Gegensatz zu Israel standen und sich, mehr der Stimmung als dem eigenen Triebe folgend, am Vorabend des Krieges mit Nasser verbanden, auch während des Krieges von der syrischen Regierung aufs heftigste kritisiert. Und kann man wirklich die algerische Befreiungsfront einfach als eine „reaktionäre Erscheinung“ bezeichnen?

Nein, man kommt der Problematik der Nahostkrise auch nicht einen Millimeter näher, wenn man sich der Erkenntnis verschließt, daß auch die arabische Welt sich in einem großen, bedeutenden und widerspruchsvollen Prozeß der nationalen Befreiungsrevolution befindet, die einen der wichtigsten Prozesse unserer Zeit darstellt und die Arbeiterbewegung der entwickelten kapitalistischen Länder vor ein Grundproblem unserer Zeit stellt. Man kann einfach nicht bei der Diskussion der Nahostprobleme die Tatsache übersehen, daß alle Länder der „dritten Welt“, vom sozialistischen Kuba bis zum bürgerlichen Indien, das von den sozialdemokratischen Publizisten wegen seines Mehrparteiensystems und seines parlamentarischen Regimes so gelobt wird, sich auf die Seite der Araber stellten. Ist es richtig, der letzten päpstlichen Enzyklika zugute zu halten, daß sie die Beziehungen der Industriestaaten zu den Entwicklungsländern als die große Frage unserer Zeit erkennt — um beim ersten Anlaß die arabischen Völker aus dieser Problematik auszuklammern? Ist es nicht eigenartig, wenn manche linke Sozialisten, die nicht genug von den nationalen Befreiungsrevolutionen schwärmen können, machmal auch bereit, mit den falschen Thesen der chinesischen Kommunisten zu kokettieren, in der „arabischen Frage“ nur Negatives und Barbarisches sehen? Die linkskatholische Florentiner Zeitschrift „Politica“ schrieb nicht mit Unrecht:

*„Eigenartig sind die Metamorphosen von Pazifisten, die innerhalb von 24 Stunden Kriegsbegeisterte wurden, und von Menschen, die sich nicht genug über den Aufschwung der „dritten Welt“ ereifern konnten, aber bei der ersten komplizierten Situation in primitivsten Rassismus verfielen.“*

Um nur den Vergleich Nassers mit Hitler zu erwähnen, den ja nur der von den Amerikanern gehaltene Ky als sein Vorbild bezeichnet hat — trägt man wirklich der Entwicklung Ägyptens in den letzten 15 Jahren Rechnung, wenn man mit diesem Vergleich argumentiert? Gewiß, es gibt kein parlamentarisches Regime in Ägypten, kein Mehrparteiensystem usw., aber um Land und Regierung zu beurteilen, muß man sich doch stets vor Augen halten, was sich früher in diesem Land abgespielt hat. Noch 1942 konnte Faruk zur Ernennung eines den Engländern genehmen Ministerpräsidenten gezwungen werden, indem die Engländer einfach das königliche Palais besetzten und der englische Gesandte mit dem Revolver in der Hand in das Schlafzimmer Faruks eindrang. Sind denn die Entmachtung der Suez-Aktionäre, die Nationalisierung der in- und ausländischen Großbanken, Großbetriebe und Großhandelsgesellschaften, die Bodenreform, der unleugbare Fortschritt im Schulwesen so belanglos? Ist die Projektierung des Assuandammes — mit Hilfe der Sowjetunion —, für den Amerika und England jedwede Hilfe verweigerten, nicht fortschrittlicher als die Schlafzimmerprojekte

des gestürzten Pharaos? Als die Nachricht vom Rücktritt Nassers kam, schrieb der auch in Österreich sehr verehrte Historiker A. Toynbee:

*„Man wird an Nasser zurückdenken als den ersten ägyptischen Staatsmann, der versucht hat, irgend etwas für sein Volk zu tun.“*

Wenn wir dies schreiben, so bedeutet das keineswegs, daß wir uns zu den bedingungslosen und kritiklosen Bewunderern Nassers zählen. Es gilt für die nationalen Befreiungsrevolutionen im allgemeinen, daß sie außerordentlich widerspruchsvoll verlaufen, gezeichnet auch vom Erbe der Vergangenheit. Und es gilt auch für den arabischen Nationalismus, daß er mit Erscheinungen verbunden ist, die unserer Ideologie zutiefst widersprechen. Wir lehnen die barbarischen Ausrottungsdrohungen des Führers der palästinensischen Befreiungsarmee ab, auch wenn wir das Elend von hunderttausenden Palästinaflüchtlingen nicht vergessen. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß die Regierungspolitiker Syriens, die im Kampf gegen die Erdölmonopole viele Sympathien gewonnen haben, diese Sympathien durch ihre maßlosen Drohungen nur verlieren können. Wir haben auch jene Erklärung Nassers in seiner Pressekonferenz am Vorabend der Kriegshandlungen nicht akzeptiert, in der er jede Koexistenz mit Israel ablehnte.

Wir verschließen auch die Augen nicht vor der Tatsache, daß Naziwürdenträger in ägyptischen Diensten stehen, wenn sie auch in wachsendem Maße in die Bundesrepublik zurückkehren und wir nicht daran zweifeln, daß, falls Kiesinger nach Ägypten gegangen wäre, die Indienstellung eines Kriegspropagandisten Goebbels' als besonders kennzeichnend für Nasser bezeichnet worden wäre.

Aber gerade weil wir die Bedeutung der nationalen Befreiungsfront erkennen, gerade weil uns die Widersprüchlichkeit ihrer Problematik bewußt ist, lehnen wir aufs entschiedenste jene billige Argumentation ab, die letzten Endes rassistischen Vorurteilen entspringt. Wir versuchen die oft inakzeptablen Ausdrucksformen des Nationalismus aus jenem Hunger, aus jener Unterdrückung, jener Demütigung und jener Rückständigkeit zu verstehen, die jahrhundertlang das Schicksal der Kolonialvölker war, ganz abgesehen davon, daß die Politik der englischen Kolonial- und Mandatsverwaltung gerade darin bestand, die Araber gegen die jüdischen Einwanderer auszuspielen. Wieviele Araber sind beim Bau jener Pipelines gestorben, die den Reichtum ihrer Länder in Profite für ausländische Imperialisten verwandelten? Und mußten sie nicht den neuen Staat in ihrer Mitte zunächst als einen Staat der weißen Eindringlinge betrachten — obwohl der Prozentsatz der „arabischen Juden“ außerordentlich wächst?

Gerade dieser Blickwinkel gibt uns das moralische Recht, mit aller Entschiedenheit festzustellen: Wir haben uns von der Einstellung gelöst, daß die Solidarität mit sozialistischen Staaten uns dazu verpflichtet, alles, was in diesen Staaten gesagt oder getan wird, gutzuheißen; auch unsere Solidarität mit den nationalen Befreiungsrevolutionen verpflichtet uns keineswegs, alle Reden, Akte und Entscheidungen bedingungslos zu verteidigen. Mehr noch, wir halten es für unrichtig, daß man mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit revolutionärer Nationalisten Konzessionen macht, die unserer humanistischen Ideologie und unserem proletarischen Internationalismus widersprechen. Der Versuch, fried-

liche Verhältnisse im Nahen Osten herzustellen, setzt die Respektierung der legitimen nationalen Aspirationen der Araber ebenso voraus wie die Anerkennung der Souveränität Israels. Die Forderung der sogenannten Palästinensischen Befreiungsarmee, die die Vernichtung des Staates Israel als Kriegsziel verkündet und dabei von der Kommunistischen Partei Chinas unterstützt wird, ist auf das entschiedenste abzulehnen.

Der Nationalismus gedemütigter Völker, die nach jahrhundertelanger Sklaverei für ihre Unabhängigkeit kämpfen, ist ebenso unvermeidlich wie der Nationalismus eines Volkes, das in seinem Staat die Erfüllung einer jahrtausendalten Sehnsucht sieht. Aber unerträglich wird es, wenn überspitzter Nationalismus in extremsten Chauvinismus und Barbarei umschlägt. Die maßlose Sprache arabischer Nationalisten hat es nur ihren schlimmsten Feinden erleichtert, eine vereinfachende Schwarzweißdarstellung der Nahostprobleme zu geben. Tiefer sah die bekannte linkskatholische französische Zeitung „Témoignage Chrétien“:

*„Israel ist nicht einfach das bedrohte Lamm, von dem man schrieb und dem alle Gerechten zu Hilfe eilen. Und Ägypten ist nicht einfach der große, böse Wolf, wie man uns so beredt erzählt. London hat niemals darauf verzichtet, den Nahen Osten als seine Einflußsphäre zu betrachten, und Washington hat viele finanzielle und ökonomische Interessen in dieser Gegend. Wann immer ein Staat sich ein bißchen nach links orientiert und sich von den königlichen und feudalen Traditionen löst, zittern die beiden Metropolen für ihre Pipelines und ihre Betriebe. Wie oft ist Syrien von den Anglo-Amerikanern unter Druck gestellt worden... Engländer, Amerikaner versuchen auch Israel für ihre Pläne zu mißbrauchen... Sie sind sehr gefährliche Bundesgenossen.“*

\*\*\*

In der Auseinandersetzung ist die Haltung zur israelischen Regierung mit der Stellungnahme zu Israel, die Stellungnahme zu Israel mit der Haltung zu den Juden identifiziert worden. Diese Identifizierung ist eine Vereinfachung. Man kann die israelische Regierung kritisieren, ohne gegen Israel zu sein, man kann die Probleme, die mit der Existenz Israels verbunden sind, aufzeigen, ohne Antisemit zu sein. Allerdings genügt auch diese Feststellung nicht.

Israel ist eine Herzensangelegenheit aller Menschen, die sich als Juden fühlen, und wird auch als große und großartige Leistung von allen Menschen anerkannt, die gerade nach der Nazibarbarei besonders empfindlich sind für alles, was über Juden gesagt und gegen Juden getan wird. Schließlich gibt es keinen Staat, in dem so viele Unterarme, noch von den Nazivernichtungslagern her, tätowiert sind. Man kann einfach nicht übersehen, daß imposante Aufbauleistungen nur durch eine Einsatzbereitschaft zu erklären sind, die aus den Leiden und Prüfungen, aus den Sehnsüchten und Hoffnungen der Juden erwachsen ist. Die Anerkennung der Existenz Israels muß daher ein Grundprinzip aller Versuche sein, den Völkern des Nahen Ostens den Frieden zu bringen. Gerade wenn man Regierung und Volk nicht identifiziert, muß man sehen, daß es sozialistische Gesinnung und auch sozialistische Experimente in der Arbeiterbewegung dieses Landes gibt, auch tapfere linke Gruppen, nicht nur Kommunisten, die unter schwierigen Bedin-

gungen gegen den Chauvinismus und für die Verständigung mit den Arabern kämpfen.

Freilich, es ist ein Staat wie jeder andere auch, es gibt auch reaktionäre Gruppen, Militaristen, extreme Chauvinisten, die die weitverbreitete Stimmung, man müsse mit den Überfällen von jenseits der Grenze Schluß machen, für gefährliche Zielsetzungen mißbrauchen und auch bereit sind, die Existenz Israels mit imperialistischen Machinationen zu verbinden. Das kam schon 1956 zum Ausdruck, als Israel an der Seite Frankreichs und Englands im Suez-Krieg in Ägypten einmarschierte; das kam auch nachher zum Ausdruck, als Dayan 1964 die Auseinandersetzung über die Gewässer des Jordan mit einem Präventivkrieg regeln wollte. Das Wasser des Jordans floß ruhig und friedlich in diesen drei Jahren, in denen Dayan nicht mehr in der Regierung war. Es gibt eine Freiheitspartei — ebenso freiheitlich wie unsere —, deren Führer Begin in das Kriegskabinett aufgenommen wurde — einer der Hauptverantwortlichen für das Massaker vom 10. April 1948, als 250 arabische Männer, Frauen und Kinder des Dorfes Deir Jassin abgeschlachtet wurden — als Vergeltungsakt gegen die Massaker von arabischer Seite, aber nicht weniger abscheulich als diese.

Es gehört mit zu den Schwierigkeiten, vor die alle politischen Faktoren des Nahen Ostens und letzten Endes alle friedliebenden Kräfte gestellt sind, daß gerade die extremsten Nationalisten nach den militärischen Erfolgen Israels Oberwasser haben und mit ihren Gebietsansprüchen von vornherein die Chancen auf Befriedung erschweren. Aber dieser Friede kann nur erwirkt werden, wenn ein für allemal auf allen Seiten die Orientierung auf den „Heiligen Krieg“ überwunden wird. Er ist nur möglich auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz bei gegenseitiger Respektierung der Souveränität. Jeder Versuch, schon jetzt bessere Ausgangspositionen für den nächsten Krieg zu erlangen, erleichtert den nächsten Krieg und ist letzten Endes gegen die Interessen und die Existenz Israels gerichtet.

\*\*\*

Die Nahostkrise stand in Österreich im Zeichen einer Kriegshetze und Kriegshysterie, die selbst auf die Phraseologie der Frontberichterstatte des OKW des zweiten Weltkrieges nicht verzichtete. Wieder wurde „zerschmettert“ und „weggefegt“, auch der Spott über Gefangene, Flüchtlinge, über Tränen und Trauer fehlte nicht. Die Art, wie über die Araber geschrieben wurde, erinnerte peinlich an die Art, wie seinerzeit über die Juden geschrieben wurde. Und der ganze Bodensatz des Antikommunismus stieg wieder in die Höhe. Für die Freiheit der Meere eiferten sich jene, die die Blockierung Kubas gerechtfertigt hatten; ihr Mitgefühl mit dem bedrohten Israel schrieben auch jene groß, die noch keinen Finger für das seit Jahr und Tag niedergebombte Vietnam gerührt hatten und deren Appetit auch nicht gelitten hatte, als in Indonesien 500.000 Kommunisten massakriert wurden.

Aber auch viel ehrliches Mitgefühl mit dem Schicksal der Juden wurde deutlich, viel Anerkennung für die Leistungen der Juden, eine Tatsache, die man nicht hoch genug einschätzen kann. Gerade dieses edle Gefühl versuchte man in einer Aufwertungskampagne für die USA zu mißbrauchen, als ob die 6. Flotte, die in Griechenland beim Militär-

putsch Schmiere gestanden war. nicht nur ihren Kurs, sondern auch ihre politische Funktion geändert hätte: als ob es möglich sei, daß die USA — wie der „New Statesman“ schrieb — im Fernen Osten Brandstifter und im Nahen Osten Feuerwehr spielen könnte. Am Tage nach der Feuereinstellung im Nahen Osten wurde die Innenstadt von Hanoi aufs schwerste bombardiert...

Gerade der Krieg in Vietnam hat zu jener Vergiftung der Welt geführt, die jeden lokalen Konflikt zu einer Gefahr für den Weltfrieden macht. Gerade die verbrecherische Eskalation in Vietnam ist mit einer Eskalation der Verbrechen auch außerhalb Vietnams verbunden. Um so mehr ist es notwendig, daß die Front der Anständigkeit und des Humanismus, die sich ja im Kampf gegen die Aggression in Vietnam gebildet hat und die ohne Zweifel durch die Nahostkrise in Auflösung geraten ist, sich wieder formt — zum Kampf gegen den Krieg in Vietnam, zum Einsatz auch für eine konstruktive Lösung der Nahostprobleme.

---

## Franz Muhri auf der Parteikonferenz der KPÖ vom 10. Juni

- 1. Alle kriegführenden Staaten müssen die Aufforderung des UNO-Sicherheitsrates nach sofortiger Feuereinstellung uneingeschränkt respektieren.*
  - 2. Alle strittigen Fragen sollen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelöst werden. Sowohl Israel als auch die arabischen Staaten sollten sich jeder Form des Krieges oder militärischer Aktionen enthalten. Jede Form der Gewaltanwendung ist abzulehnen. Alle strittigen Fragen sind auf dem Wege von Verhandlungen — entweder direkt oder über die UNO — zu lösen. Auch das Problem der Benützung der Straße von Tiran soll auf friedliche Weise ohne Gewaltanwendung geregelt werden. Die friedliche Koexistenz beinhaltet auch die Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Das zu unterstreichen, scheint uns angesichts der Rolle, die die imperialistischen Kräfte auch im Nahen Osten spielen, besonders wichtig.*
  - 3. Uneingeschränkte Anerkennung der Existenzberechtigung und territorialen Unverletzlichkeit des israelischen Staates durch die arabischen Länder. Das gleiche muß auch Israel gegenüber den arabischen Staaten tun. Das beinhaltet auch den Rückzug aller Truppen aus fremden Territorien sowie den allseitigen Verzicht auf territoriale Forderungen. Sowohl Israel als auch die arabischen Staaten sollten auf jede Eroberungspolitik verzichten.*
  - 4. Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten bestätigen aufs neue die alte Erkenntnis, daß Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und der religiöse Fanatismus einen Nährboden für den Krieg darstellen und daher von allen Seiten entschieden bekämpft werden müssen.*
- Wir bekennen uns zur Vaterlandsliebe, zum Nationalbewußtsein, zum Patriotismus, wir lehnen aber jede Form des extremen Nationalismus, woher er auch immer kommen mag, entschieden ab.*